



abgespult wurde, zeigt, was von der Demokratie in der BRD zu halten ist. Den Politikern und Machern der öffentlichen Meinung fehlt die »Universalbildung« des Bundeskanzlers. Deshalb begriffen sie die Verarschung nicht, als Schmidt bei der zusätzlichen Ernennung des Bildungsministers Engholm zum Landwirtschaftsminister auf dessen früheren Beruf als Schriftsetzer anspielte, als er sagte, daß Engholm von ihnen allen am meisten von Fischen verstünde. »Fische« sind die Buchstaben, die im Setzkasten in falsche Fächer geraten.

Schmidt sprach von der »Ellbogengesellschaft«, die uns bei einem Regierungswechsel bevorstehe. Er weiß zu gut, daß eine Kohl- und Genscher-Regierung nur eine Etappe sein kann, in der diese die Aufgabe hat, das Terrain für die nächsten zu ebnen, um das fortzusetzen und weiterzutreiben, was die sozialliberale Koalition schon begonnen hatte. Es ist bekannt, daß Bonner Regierungsbeamte ein zweites Parteibuch besitzen oder es sich jetzt anschaffen.

Die ständig wiederkehrende Beteuerung Kohls und Genschers, ein Regierungswechsel sei die normalste Sache in einer Demokratie, muß uns aufhorchen lassen. Da droht Gefahr, wenn diese Politiker die Demokratie beschwören. Genscher will keine »Neuwahl zu jetzigen Zeiten... die FDP würde nicht überleben« gibt die »Welt« seine Stellungnahme wieder. Aber wie könnte sie denn einige Monate später überleben, ohne daß sie im Huckepackverfahren bei der CDU/CSU mitfährt, so wie vor Jahren schon einmal bei der SPD? Da bleibt von Wahlversprechungen und man wolle ein Gegengewicht gegen die CDU/CSU sein, gar nichts mehr übrig.

Ist das Sonthofener Programm von Strauß schon vergessen? Das »Aufräumen« droht. Der Angriff auf die DKP, die linken Gruppen links von der SPD, die nichtgrünen »Grünen« und letztendlich der Angriff auf die SPD selbst wird vorbereitet. Da ist es an der Zeit, sich zusammenzurufen, das Trennende zurückzustellen.

Sie sind noch gar nicht richtig an den Futterkrippen, und schon reden CDU/CSU von der »Bestandaufnahme« — 50 Milliarden Schulden hätte die SPD im Staatshaushalt hinterlassen als Erbe, und damit müsse ihre neue Regierung jetzt fertig werden. Daß diese Milliarden den Unternehmern in den Rachen geworfen wurden, davon ist keine Rede. Der nun folgende unvermeidliche verschärfte soziale Abbau sei die Schuld der SPD und der Gewerkschaften. Das ist der Dank an die SPD für ihre Bemühungen, die Klassengegensätze im Kapitalismus nicht aufbrechen zu lassen.

Die sozialdemokratischen Wähler waren enttäuscht über die Regierungspolitik der sozialliberalen Koalition und haben sich bei den letzten Wahlen mehr und mehr von der SPD abgewandt. Die Gewerkschaften haben an diese Regierung appelliert, endlich etwas gegen die wachsende Arbeitslosigkeit zu unternehmen, ohne selbst wirksame Maßnahmen zu ergreifen gegen den ständigen Verlust der Arbeitsplätze. Da war für die FDP nicht mehr viel zu erben; sie warf der SPD die Brocken vor die Füße. Die Arbeiter und Angestellten, weitgehend enttäuscht von der Regierungspolitik, verstanden aber sehr gut, worum es ging und was notwendig war: Verteidigen, was sie haben, gegen die, die es rauben wollen. Deshalb waren bei der Hessenwahl und sind viele bereit, bei Neuwahlen der SPD noch einmal die Stimme zu geben. Der Wille, das zu verteidigen, was in der Konjunkturperiode erarbeitet oder erkämpft worden ist — Lohnfortzahlung, Arbeitslosenversicherung, Mietpreisbindung — ist zu begrüßen. Der Stimmzettel jedoch ist dafür ein völlig unzureichendes Mittel.

Schmidt sagte unter Beifall zwei Tage vor der Hessenwahl: »Wenn Ihr nicht wollt, daß der Klassenkampf von unten notwendig wird, um den von oben zu bekämpfen, dann müßt Ihr uns wählen! Schmidt will die Sozialpartnerschaft und Stellvertreterpolitik bewahren, das heißt: Er will die Aktivität der Arbeiter verhindern.

**Kolleginnen und Kollegen, die am Kontakt mit einer örtlichen Gruppe interessiert sind, bitten wir, sich an die Redaktionsadresse zu wenden.**

Die Gewerkschaften rufen endlich zu Demonstrationen gegen den sozialen Abbau auf. Sie wissen sehr wohl, daß ihr Ansehen bei der Kollegenschaft auf einem Tiefpunkt angelangt ist und daß nun etwas geschehen muß. Wir müssen alles tun, um diese Demonstrationen zu einem Erfolg zu machen, der der Gewerkschaftsführung, den Unternehmern, Banken und der »neuen Regierung« zeigt, daß diese Demonstrationen nicht ein Ventil sind, um angestauten Ärger abzulassen, sondern der Anfang des Klassenkampfes von unten gegen den von oben. An uns aktiven Gewerkschaftern liegt es, die Gewerkschaften zu mobilisieren, unseren ganzen Einfluß geltend zu machen, daß die »Sanierung« auf unsere Kosten abgewiesen wird.

Die Gesellschaft kann ohne die arbeitende Bevölkerung nicht leben. Wir können der Gesellschaft beweisen, daß wir ohne jene leben können, die, ohne einen Handschlag zu tun, unsere Arbeitskraft kaufen, aber nur dann, wenn sie damit Profit machen können. Sonst sind wir Ballast für sie. Um kein »Ballast« zu sein, dürfen wir nicht krank werden, nicht arbeitslos werden und nicht zur Kur fahren.

Wir müssen als Mitglieder der Gewerkschaften unsere Passivität gegenüber unseren Organisationen überwinden, denn was nützt eine Einheitsgewerkschaft, die unter Berufung auf die »Einheit« vor den Forderungen der Kohl, Genscher und Strauß kapituliert?

Die »Hannoversche Allgemeine Zeitung« berichtet am 30. Juni '82 von einem Gespräch, das ihr Berichterstatter mit zwei Frauen vor dem Werkstor der Firma Pelikan hatte. Sie, die die Firma aufgebaut haben und dem Unternehmen Riesengewinne einbrachten, sagten wütend angesichts der Entlassungen: »Man sollte die Herren alle zum Teufel jagen!«, und eine andere Frau: »Es ist doch auch unsere Firma!«

## Stimmzettel genügen nicht mehr – Auf zu den Demonstrationen gegen den Sozialabbau!

### Inhaltsverzeichnis

Die Arbeiter wollen die »Wende« nicht – aber der Stimmzettel genügt nicht, um sie abzuwehren! .....	1
Bankrott der AEG – Sanierung des Kapitals: .....	
Angriff auf die Arbeiter! .....	3
AEG-Leer: »Bald eine Struktur wie in Sizilien« .....	8
AEG-Frankfurt: Angestelltenprotest ohne Perspektive? .....	10
AEG-Berlin: Spaltung und Resignation .....	11
AEG-Nürnberg .....	12
»Endlösung« der Palästinenser-Frage? .....	13
Kurze Geschichte des Libanons .....	18
Eindrücke: Dieser Krieg heißt Frieden .....	20
Buchbesprechung:	
Zwangsarbeit in Salzgitters Stahlkonzern .....	22
Notwendige Fakten zum Verständnis der polnischen Entwicklung Teil II .....	25
Arbeiterkorrespondenzen:	
Bremen: Lehrer wehren sich gegen Arbeitszeitverlängerung	
Dortmund:	
Hoesch im Würgegriff – jetzt bleibt nur noch Kampf .....	29
Dortmund: IGM-Schule Heidehof vor Abriss besetzt .....	30
Köln: Paul »Viator« Bleffert .....	32
Hamburg: Arbeitsplatzabbau bei Blohm & Voss .....	33
»Verlustbereinigung« in DGB-Unternehmen .....	34
Volkswirtschaftlich denken! .....	35

In der Arpo 4/82 im Artikel zu Demag Frankfurt ist ein Druckfehler enthalten. In Fußnote 2, S. 27 muß es heißen: »hat die DKP nicht zur Klärung der Probleme beigetragen«.

**Arbeiterpolitik**  
INFORMATIONSBRIEFE DER  
GRUPPE ARBEITERPOLITIK

Herausgeber und verantwortlicher Redakteur:  
F. Lübke · Herstellung und Vertrieb: GFSA – Gesellschaft zur Förderung des Studiums der Arbeiterbewegung e.V., Postfach 15 02 47, 2800 Bremen 15  
Postcheck Hamburg 4100 77-205, BLZ 200 100 20

# Bankrott der AEG – Sanierung des Kapitals: Angriff auf die Arbeiter!



»Keine Bürgschaft ohne Erhalt unserer Arbeitsplätze.« Mit dieser Forderung, Transparenten und Sprechchören zogen die zur Zeit noch über 700 Beschäftigten der Olympia-Werke am 19. 8. durch Leer.

»Bisher habe ich es strikt abgelehnt, daran zu glauben, daß wir vor einer Wiederholung der Weltwirtschaftskrise wie in den 30er Jahren stehen könnten. Aber ich erkenne jetzt viele Vorzeichen, die auch 1931 zum großen Krach führten.«

Otto Wolff von Amerongen  
Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages

1983 feiert die AEG ihr hundertjähriges Bestehen<sup>1</sup> — vielleicht ihr letztes Jahr. 1883 wurden zwischen der Firma Siemens und dem amerikanischen Elektrokonzern Edison Verträge über eine Abgrenzung der gegenseitigen Interessen abgeschlossen, eine Art Arbeitsteilung. Kurz danach wurde die »Deutsche Edison-Gesellschaft für angewandte Elektrizität« gegründet. Über ein Bankenkonsortium hatte Edison ein Gründungskapital von 4,8 Millionen Goldmark organisiert, für damalige Verhältnisse eine außerordentlich hoher Betrag. Nur ein Jahr später bildete man eine Tochtergesellschaft, die »Städtischen Elektrizitätswerke« in Berlin; Startkapital 3 Millionen Mark. Aber der Brocken war zu groß, denn um die Monopolstellung als Elektrizitätslieferant für die ganze Stadt zu bekommen, mußten zunächst enorme Summen investiert werden. Trotz vieler großer Aufträge stand die »Deutsche Edison« 1887 deswegen vor der Pleite. Die Deutsche Bank, deren Gründer und Direktor Georg Siemens war, organisierte ein neues Bankenkonsortium, übernahm einen Teil der Aktien, auch die Firma Siemens beteiligte sich, und die Trennung von der Edison wurde vollzogen. Man nannte sich nun AEG. Beide Firmen beherrschten den deutschen und fast den gesamten europäischen Markt, trafen Absprachen, befanden sich aber auf vielen Gebieten in Konkurrenz.

Vor Ausbruch des ersten Weltkrieges beherrschte die AEG über Beteiligungen mindestens 187 Gesellschaften; von 1000 Arbeitskräften im Gebiet des Deutschen Reiches waren 6 direkt bei der AEG beschäftigt. Als deren Direktor Emil Rathenau 1915 starb, schrieb der »Verein der Beamten der AEG und BEW«: *In seinem geschäftlichen Reich ging die*

Sonne nicht unter.« (Siemens hatte damals etwa 82000 Beschäftigte, die AEG 68000.) Außer den US-Konzernen General Electric und Westinghouse gab es keine nennenswerte Konkurrenz auf dem Weltmarkt.

## Ökonomische und politische Stärke überdauert zwei Weltkriege

Kurz vor Kriegsausbruch forderte der führende Mann der AEG, Walter Rathenau: *»Wir brauchen Land dieser Erde; von künftigen Aufteilungen muß uns also das Nötige zufallen.«*<sup>2</sup> Die Elektrokonzerne waren am Krieg interessiert, weil sie sich dadurch eine Stärkung ihrer internationalen Position auf dem Weltmarkt und eine ökonomische-politische Kontrolle Europas versprachen. Hier gab es Widersprüche zu anderen Gruppen des Monopolkapitals, z. B. den Montankonzernen, die auf die Einverleibung weiter Gebiete Europas ins Deutsche Reich drängten.

Rathenau übernahm die Leitung der »Kriegs-Rohstoffabteilung« des Reiches. 1915 wurde er dann Staatskommissar zur Kontrolle der Rohstoffpolitik. Damit hatte die AEG einen wirksamen Hebel zur Verteilung der Rüstungsaufträge in ihre Richtung angesetzt. Ähnlich war die Situation in den verschiedenen, zentral geführten Verteilungsgesellschaften.

Als sich die Kriegsniederlage des Deutschen Imperialismus abzuzeichnen begann, traten die Unterschiede in den Kriegszielen zwischen den verschiedenen Kapitalgruppen schärfer hervor, was sich auch innenpolitisch auswirkte. Die Elektrokonzerne und hier vor allem die AEG förderten die Zusammenarbeit mit Sozialdemokraten und Gewerkschaftsspitzen, um so innenpolitischen Auseinandersetzungen vorzubeugen. Als Folge der Novemberrevolution 1918 kam die Zusammenarbeit zwischen Teilen des deutschen Monopolkapitals und SPD, Gewerkschaften voll zum Tragen. Walter Rathenau war Mitglied in der »Sozialisierungskommission«. Über seine Aufgabe dort schrieb er: *»Die Sozialdemokratie muß ein bißchen Sozialisierung haben; bekommt sie die Minimaldosis nicht, die sie als Partei braucht, so wird es sich in Deutschland bald wieder als ziemlich schwierig erweisen, parlamentarisch zu regieren.«*<sup>3</sup> Wenig später wurde er Reichsaußenminister.

In der Weimarer Republik gelang es Siemens und AEG rasch, die alten Auslandskontakte wiederherzustellen und die

<sup>1</sup> Einen guten Überblick vermittelt: Gert Hautsch, Das Imperium AEG-Telefunken? Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt 1979

<sup>2</sup> Walter Rathenau, Deutsche Geschichte und neue Ziele, Gesammelte Schriften Band 1, S. 270

<sup>3</sup> Walter Rathenau, Das Tage-Buch, Heft 40, Berlin 1920

Exporte anzukurbeln. Es gab zwei wesentliche Beschränkungen. Die Rohstoffbasis der deutschen Industrie war durch Gebietsverluste (Oberschlesien, Saar, Elsaß-Lothringen) erheblich geschwächt und bis 1925 galten die im Versailler Vertrag festgelegten Handelsbeschränkungen. Allerdings hatten sich durch die Kriegsniederlage auch die Kräfteverhältnisse auf dem Weltmarkt für Elektroprodukte verschoben. Vor dem Krieg lag der Anteil Deutschlands bei fast 35 Prozent, 1925 bis 23,2 Prozent. Siemens und AEG verstärkten auf verschiedenen Ebenen die Zusammenarbeit, gründeten Gemeinschaftsfirmen bei gleichzeitiger Konkurrenz auf Teilmärkten. In der Weltwirtschaftskrise Ende der 20er Jahre entließ die AEG mehr als die Hälfte der Belegschaft, im April 1933 waren dort nur noch 24 500 beschäftigt, 40 000 weniger als 1928. Zwar sank der Export der deutschen Elektroindustrie zwischen 1929 und 1933 von 639 auf 394 Millionen RM, gleichzeitig stieg aber der Anteil am Weltelektroexport von 27,8 auf fast 35 Prozent. AEG und Siemens waren durch die Krise zwar betroffen, hatten ihre Führungsposition auf dem deutschen und internationalen Markt aber gestärkt.

Mit dem Machtantritt der Nazis und den Kriegsvorbereitungen waren auch die Kapazitäten der AEG für die Aufrüstung wieder gefragt. Am 30. 6. 1938 schrieb ihr Generaldirektor Bücher an den Reichswirtschaftsminister: *»Wir beschäftigen heute in der AEG — ohne die zahlreichen Beteiligungsgesellschaften — etwa 62 000 Menschen, zumeist mit Aufträgen, die mit der Durchführung des Vier-Jahres-Planes im engsten Zusammenhang stehen.«* Bücher war einer der acht Industriellen, die im Mai 1942 in den »Rüstungsrat« beim Ministerium für Bewaffnung und Munition berufen wurden. In einer Rede am 15. 11. 1942 sagte er: *»Die Situation ist so schwer, wo wir in einem Krieg stehen, der um Sein oder Nichtsein — nicht nur in der Partei, sondern jedes einzelnen von uns — geht... Die oberste Direktive lautet: Aufrechterhaltung der Armee und Versorgung der Armee mit den besten Waffen...«* Als sich die erneute Kriegsniederlage des deutschen Imperialismus abzeichnete, ging AEG vorsichtig auf Distanz zur Regierung, ohne allerdings die ökonomische Stützung der nationalsozialistischen Kriegsführung aufzugeben.

### Teilweiser Neuanfang 1945

Die meisten Produktionsstätten der AEG lagen bei Kriegsende in und um Berlin oder in der russisch besetzten Zone. Die amerikanische General Electric Co., zu der die AEG seit ihrer Gründung gute Kontakte hatte, bemühte sich bei der US-Armee bald um den besonderen Schutz der AEG-Betriebe. Im Laufe von vier Jahren gelang es der AEG, in den Westzonen neue Fabriken für die in den russisch besetzten Gebieten zu errichten. (z. B. Olympia, Erfurt in Wilhelmshaven) und im Geschäftsbericht 1950 hieß es: *»Mit Ausnahme des Kabelwerkes und der Fabrik für Installationsmaterial haben wir auf allen anderen alten Arbeitsgebieten heute wieder leistungsfähige Fabriken.«* Finanziert wurde das alles aus den im Krieg gemachten Gewinnen, die teils auf nicht gesperrten Westkonten lagen, teils in »stillen Reserven« steckten.<sup>4a</sup> Zusätzliche Mittel kamen von einem Bankenkonsortium unter Führung der Dresdner Bank. Bis 1960 erhielt der Konzern enorme Summen an zinsgünstigen »Wiederaufbaukrediten« aus dem Marshall-Plan-Fond.

### Aufstieg im »Wirtschaftswunder«

Beim 75jährigen Firmenjubiläum 1958 war die AEG längst wieder in allen früheren Bereichen vertreten, mit Ausnahme der Fernmeldetechnik. Das war zum Teil einer Exportoffensive zu verdanken, die seit dem Korea-Krieg 1950 anhielt. Zwar entwickelten viele Staaten, die vor dem zweiten Weltkrieg keine Elektroindustrie hatten, eigene Produktionsstätten, so daß die ausschließliche Beherrschung des Weltmarktes durch US- und deutsche Konzerne verloren ging, aber die ungehemmte Ausdehnung der Produktion ließ die Wachstumsraten bei der AEG und Siemens klettern. Gemeinsam wurden eine

Reihe Tochtergesellschaften betrieben (TELDEC, AEG-SAAR, AEG-Kanis). 1969 gründete man gemeinsam die Kraftwerk Union (KWU) und die Transformatoren Union, weil für die Entwicklung von Kernkraftwerksreihen die Finanzkraft des einzelnen Konzerns nicht mehr ausreichte und auf dem Turbinensektor Überkapazitäten entstanden waren. Gleichzeitig versuchte jeder Multi auf gewinnträchtigen Bereichen eigene Wege zu gehen, so schluckte Siemens die Computefirma Zuse und baute sein EDV-Angebot aus. AEG gründete gemeinsam mit Nixdorf die Telefunken Computer AG. AEG konnte sich bis auf etwa 70 Prozent des Umsatzes von Siemens herarbeiten, überflügeln konnte man den Branchenführer aber nicht. Auf dem Weltmarkt war die Position der AEG schlechter geworden: sie fiel von Platz vier auf Platz elf der größten Elektrokonzerne.

Die Firmenstrategie der AEG lief darauf hinaus, durch gezieltes Aufkaufen von Firmen eine marktbeherrschende Stellung zu bekommen. Deutlichstes Beispiel ist der Haushaltsgerätesektor, aufgekauft wurden: Zanker, Witte, Küppersbusch, Neff, BBC-Hausgeräte, AKO, Duofrost, Alno. Technologisch gelang der Telefunken AG 1963 mit der Entwicklung des Farbfernsehensystems PAL der Durchbruch.

### Grenzen in den 70er Jahren

Heute wird viel davon geredet, daß die massive Expansionspolitik der AEG und der unverantwortliche Versuch, mit allen Mitteln Siemens zu überrunden, zu dem Fiasko geführt haben. Also: »Managementfehler« — mit vorausschauenden Vorständen wäre das nicht passiert. Diese Sichtweise hat allerdings einen Haken, sie betrachtet die Ergebnisse im **Nachhinein**, als Ergebnis der kapitalistischen Marktverhältnisse. Im Grunde hat AEG nichts anderes gemacht, als was jeder Konzern auf Gedeih und Verderb gezwungen ist zu tun: Wachstum, um sich gegenüber der Konkurrenz zu behaupten,

Entscheidend für den Niedergang der AEG seit den siebziger Jahren sind zwei Gründe:

1. Seit der Überproduktionskrise 1973/74 wurde deutlich, daß weitere Produktionsausdehnung nicht mehr im bisherigen Umfang möglich war. Die Konkurrenz auf verschiedenen Teilmärkten wurde schärfer. Deshalb begann die AEG, sich von Bereichen zu trennen, die längerfristig keinen Profitzuwachs versprachen: die Computergesellschaft in Konstanz wurde verkauft, dann die Beteiligung an Osram und der Transformatoren Union und schließlich die KWU. In den Bereichen Haushaltsgeräten und Unterhaltungselektronik machte sich die Marktsättigung immer deutlicher bemerkbar, denn wer braucht schon einen zweiten Fernseher oder Herd angesichts nachlassender Massenkaukraft.

2. Am Beispiel der KWU wurden die Schranken eines Multis wie AEG deutlich. In die KWU hatte sie die Technologie des Siedewasserreaktors eingebracht. Seit 1971 produzierte man im Atomkraftwerk Würgassen Strom. Dort traten erhebliche technische Probleme auf — man hatte ja Neuland betreten. Doch die auftretenden Verluste nahmen derartige Dimensionen an, daß sie von der AEG nicht mehr verkraftet werden konnten. Deshalb war die AEG gezwungen, den 50-Prozent-Anteil an der KWU an die finanzstärkere Siemens AG für »nen Appel und nen Ei« abzugeben. Bis 1978 mußte die AEG an Siemens sogar noch 1,2 Milliarden DM sogenannter Altlasten, wegen Projektverlusten und Verzögerungskosten bei Siedewasserreaktoren, zahlen. Daran wird deutlich, daß der Vorschub solcher Kapitalmassen, wie sie die Atomtechnologie erfordert, selbst für einen Konzern wie AEG nicht aufzubringen sind.

3. In der Krise zeigte sich, daß der Jahresüberschuß drastisch zurückging. Ein wesentlicher Grund lag im wachsenden Anteil der Zinsen, die den Banken zufließen. Die AEG-Verschuldung während des Booms war an sich nichts Ungewöhnliches. Damit wurde das Aufkaufen von Firmen finanziert. Als sich das als nicht rentabel erwies (z. B. stellte sich heraus, daß der 1971 gekaufte italienische Hausgerätehersteller Zanussi unwirtschaftlich erarbeitete) und Firmen teils mit Verlust wieder abgestoßen wurden, waren Bankkredite zur Sicherung der Liquidität des Konzerns erforderlich. Verschärft wurde die Zinslast durch die Hochzinspolitik der Regierungen

<sup>4</sup> Zitiert nach Frankfurter Rundschau vom 9. 11. 1946

<sup>4a</sup> »Westkonten« = Gelder, die die AEG in den Westzonen hatte und darüber frei verfügen konnte, im Gegensatz zur SBZ, wo die Russen alles sperrten. »Stille Reserven«: durch Unterbewertung aus Aktiengesetz mobilisierbare Werte: Grundstücke, abgeriebene Maschinen, vor allem aber gehortete Waren.

— Ausdruck eines Versuchs der Krisenbewältigung. Nach Berechnungen der IG Metall zogen die Banken von 1970 — 81 rd. 3,9 Milliarden DM Zinsen ab.

## Die Verschärfung der Krise zwingt AEG in die Knie

Anfang 1982 lagen die Finanzschulden der AEG bei 4,6 Milliarden DM, was jährlich Zinszahlungen von etwa 600 Millionen DM bedeutet. Die Banken hatten zu diesem Zeitpunkt über die Hälfte der AEG-Aktien in der Hand. Im Vergleich dazu weist die Siemens AG in ihrer Bilanz sogar Zinsgewinne aus.

Obwohl die Sanierer Cipa und Dürr in wenigen Jahren über 30 000 Arbeitsplätze abgebaut hatten, kam der Konzern immer mehr in Zugzwang. Mit dem »Konzept 1983« sollte ein grundlegender Einschnitt erfolgen, der AEG konkurrenzfähig erhielt. Kern der Maßnahmen ist die Trennung in eine AEG-Technik und AEG-Hausgeräte. Der Bereich Unterhaltungselektronik soll durch Reduzierung der Konzernbeteiligung und Zusammengehen mit anderen Unternehmen saniert werden. Für die AEG-Technik Hereinnahme eines industriellen Partners (die englische General Electric), Absicherung des ganzen durch Bundesbürgschaften, Zinsreduzierung der Banken, Einschaltung des Pensionssicherungsvereins zur Übernahme der laufenden Pensionszahlungen, Umwandlung der von der Industrie übernommenen Schuldscheine in eine AEG-Beteiligung.

Unter der Überschrift »Lösung durch Auflösung« schrieb die »Wirtschaftswoche« am 23. 7. 1982: »Die wirklichen Probleme und das Pokerspiel spitzen sich immer mehr zu. Am Ende dürfte es gerade deshalb zur Lösung des ganzen AEG-Problemkomplexes durch die Auflösung des jetzigen Konglomerats in seine Bestandteile und die anschließende Teilliquidation kommen, freilich unter Inkaufnahme erheblicher Arbeitsplatzverluste.«

## Ruf nach der Staatshilfe

Aufsichtsratsvorsitzender Friedrichs, Sprecher der Dresdner Bank, eröffnete am 15. 7. 1982 die Hauptversammlung. Bemerkenswert ist dabei folgende Aussage: »Wir brauchen den Konsens der Aktionäre, der Mitarbeiter, der Kunden, der Kreditgeber, und wir brauchen — dies spreche ich aus nicht mit Freude — auch den Konsens des Staates. Daran führt wohl kein Weg vorbei.« Zweieinhalb Jahre zuvor war schon einmal in Berlin versucht worden, die Existenzkrise der AEG zu lösen, damals allerdings ohne staatliche Hilfen. Wo ansonsten von den »Selbstheilungskräften der freien Marktwirtschaft« geredet wird, davon, daß man den Markt sich selbst überlassen solle, daß alles Faule und Unrentable verschwindet und die Wirtschaft dann »gereinigt« von alleine wieder in Schwung kommt, kam jetzt der Ruf nach dem Staat. Das »Handelsblatt« machte darauf aufmerksam: »Leider melden sich die Spitzenverbände, also BDI, BDA, DIHT, die doch ansonsten die Gralshüter der Marktwirtschaft sind, in dieser für das deutsche Wirtschaftssystem eminent wichtigen Frage überhaupt nicht zu Wort. Offensichtlich ist es einfacher, in kleineren als in den großen Dingen rigoros zu sein, zumal wenn es um die Angelegenheit von Mitgliedern geht... Wenn es also wahr sein sollte, daß so große Unternehmen wie die AEG einfach nicht in den Konkurs gehen dürften, wie das z. B. der Vorsitzende des CDU-Wirtschaftsrates, Philipp von Bismarck, gesagt haben soll, wenn also der Staat auf jeden Fall Ausfallbürgschaft und Existenzgarantie zu geben hat, wenn der Steuerzahler bei allen Großunternehmen zum Zwangsbürgen wird, der für die Verluste aufzukommen hat, dann allerdings muß er auch an den Gewinnen beteiligt werden. ... Der Staat kann einem Großunternehmen nicht helfen, ohne die liberale Wirtschaftsordnung zu verletzen. Liberale müßten das wissen. Auch Ratlosigkeit und Schweigen können in die kalte Sozialisierung führen.«<sup>5</sup>

Dieses Schweigen der Unternehmerverbände hat einen Grund: sie sehen daß die Krise der AEG Ausdruck der Krise der kapitalistischen Wirtschaft ist und deshalb eine Kettenreaktion nach sich ziehen kann, die verheerende Folgen für das Unternehmerlager hat. Deshalb soll der Staat her, um die

Gefahren abzumildern. Und für die Banken ist noch eines entscheidend: sie geben keine Kredite ohne Sicherheiten. Die Bundes- und Landesbürgschaften von mehr als einer Milliarde DM sollen Faustpfand für die Banken sein. Deshalb sind sie mit den Bedingungen der Bundesbürgschaft nicht einverstanden. Sie wollen die gleiche Regelung erzwingen, wie bei der Gewährung des 400-Millionen Kredits nach Vergleichseröffnung. Dabei handelt es sich nämlich um einen sogenannten Massekredit, d. h. bei einer Pleite werden die Bankenforderungen zuerst aus der gesamten Kreditmasse befriedigt, dann erst kommen die übrigen Gläubiger (auch Löhne und Gehälter).

## Differenzen bei den Aktionären

Die Hauptversammlung deckte einige Widersprüche auf, die sonst nur in internen Konferenzen zur Sprache kommen. Einige Beispiele: Martius (Schutzgemeinschaft der Kleinaktionäre) zum »Konzept 1983«: »Wir gehen sicher mit Ihnen einig, daß das vorrangigste Ziel ist, die Ertragslage und finanzielle Basis nachhaltig zu verbessern. Aber wenn sie dann sagen, Sie brauchen Zeit, Geduld und Durchstehvermögen, so glaube ich, sind wir einig, daß es heute darum geht, mit größter Geschwindigkeit Entscheidungen zu fällen zum Wohle aller. Die Zeit kostet Geld. Das Geld ist teuer, und die Zeit arbeitet gegen uns. Wenn Sie ausführen, Sie brauchen größtmögliche Stückzahlen, um entscheidende Kostenvorteile wahrzunehmen, so glaube ich, ist das aus heutiger Sicht auch nicht mehr ganz richtig. Denn Sie selbst führten ja heute aus, über die Menge können wir es nicht mehr ausgleichen, denn der Markt gibt nicht mehr her.« Hier wird ein Dilemma angesprochen, dem sich die AEG nicht entziehen kann: bei allgemeiner Überproduktion ist eine Ausweitung der eigenen Produktion nur auf Kosten der Konkurrenz möglich, z. B. im Bereich Hausgeräte nur auf Kosten von Bosch/Siemens oder im Bereich Unterhaltungselektronik nur auf Kosten von Grundig/Philips oder japanischen Konzernen, die aber eine stärkere Ausgangsposition haben.

Kleinaktionär Fiebich: »Da wird berichtet, daß Herr Rubke, der Gesamtbetriebsratsvorsitzende und Aufsichtsratsmitglied bei AEG, bei Wischniewski war. Sehr enttäuscht. Er wollte den Kanzler sprechen. Der Kanzler hatte leider keine Zeit dafür. Er hatte ein ungeheuer wichtiges Essen mit Präsident Reagan, der uns, die AEG, um ein paar hundert Millionen Mark schädigt... Zum amerikanischen Embargo. Ich halte, das darf ich als freier Staatsbürger in einem freien Land sagen, das amerikanische Embargo, das AEG und die deutsche Volkswirtschaft ganz schwer trifft, für eine abgrundtiefe Heuchelei... Nun zur Demonstration draußen. Meine Herren vom Arbeitnehmerflügel des Aufsichtsrates. Parolen wie: »Jetzt muß es aufhören mit Arbeitsplatzabbau« sind doch völlig illusionistisch. Es müssen fast alle deutschen Betriebe Arbeitsplätze abbauen im Zuge all der Umstrukturierungen. Die Neue Heimat hat sogar beim Vorstand angefangen (Heiterkeit)«. Was Fiebich hier anspricht, sind die Nöte der Kleinaktionäre, die den Banken nicht ins Konzept gucken können. Der Staat soll her, um ihre Dividende zu sichern, die US-Konkurrenz wird als Bedrohung gesehen und der Kahlschlag bei den Arbeitsplätzen ist wiederum Voraussetzung für Dividende.

Der Gegensatz der Kleinaktionäre zu den Banken kommt in einer Anfrage des Aktionärs Runge zum Ausdruck: »Ja, schauen Sie, was machen denn die Russen mit der Unterstützung, die sie vom Westen bekommen (gemeint ist das Erdgas-Röhren-Geschäft, die Red.). Sie rüsten auf und wir kriegen nachher SS 20-Raketen, wenn es hart auf hart geht, auf den Kopf. Und da ist es mir doch wurscht, ob die AEG pleite macht oder nicht. Also mir ist es lieber, die AEG macht pleite und ich kriege die Raketen nicht auf den Kopf. Genauso ist es mit den Banken (Zuruf: Aufhören), die die russische Rüstung indirekt finanzieren. Dann können sich nämlich auch die notwendige Rüstung wieder im Westen finanzieren und daran verdienen die. Und genauso haben die Banken auch bei AEG verdient. Und ich finde, man müßte da einfach mal einen Riegel verschieben.«

## Belastung des Pensions-Sicherungs-Vereins

Nach der Eröffnung des Vergleichsverfahrens erhalten alle 27 000 Pensionäre der AEG ihre Ruhegelder praktisch durch den Pensions-Sicherungs-Verein. Es handelt sich um ein

<sup>5</sup> Handelsblatt am 25. 6. 1982, also noch bevor auf der AEG-Hauptversammlung der Ruf nach dem Staat laut wurde.





































































